

Gemeindeversammlung vom Mittwoch, 03. Dezember 2014

Zeit + Ort:	20.00 Uhr im Saal des Restaurants zum Schlüssel
Vorsitz:	Gemeindepräsidentin Christine Bulliard-Marbach
Protokoll:	Gemeindeschreiberin Andrea Portmann
Stimmberechtigte	95 Damen und Herren
Anwesende:	
Nicht stimmberechtigte	Karin Aebischer (Freiburger Nachrichten), Arthur Mülhauser (Finanzverwalter), Andrea Portmann (Gemeindeschreiberin)
Anwesende:	
Entschuldigt:	Diverse, werden nicht namentlich erwähnt.
Schluss:	22.10 Uhr
Stimmzähler:	Ruth Kilchör, Barbara Wyssbrod, Arno Murri

Gemeindepräsidentin Ch. Bulliard-Marbach begrüsst die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger herzlich zur heutigen Gemeindeversammlung und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme. Sie informiert, dass heute die frühere Ueberstorfer Einwohnerin Simonetta Sommaruga mit dem sehr guten Resultat von 183 Stimmen zur Bundespräsidentin gewählt wurde. Frau Sommaruga hat in ihrer Rede das einzigartige und faszinierende politische System der Schweiz thematisiert, das mit grosser Verantwortung zu tragen ist. Die politische Kultur braucht den Respekt vor dem Andersdenken und die Bereitschaft zum Kompromiss. Die Kompromissbereitschaft sei Ausdruck von Stärke, nicht von Schwäche.

Gemeindepräsidentin Bulliard-Marbach möchte, dass diese Worte heute auch in Ueberstorf gelten sollen. Sie freut sich, gemeinsam mit den Anwesenden eine interessante und konstruktive Diskussion zu führen.

Speziell begrüsst die Vorsitzende die Vertreter der Pfarreiräte beider Konfessionen, den Präsidenten der Finanzkommission und der katholischen Pfarrei, Hermann Moser und alle Kommissionsmitglieder. Ein spezieller Gruss geht an Frau Karin Aebischer, heutige Berichterstatterin der Freiburger Nachrichten und die jungen Stimmberechtigten, die heute an der GV anwesend sind.

Einladung zur Gemeindeversammlung vom 03.12.2014

Die Einladung zur heutigen Versammlung ist gesetzeskonform erfolgt durch Publikation im Amtsblatt Nr. 46 vom 14.11.2014, durch Aushang am öffentlichen Anschlagbrett und durch die Botschaft an alle Haushalte (Beschluss GV vom 10. Juni 2011 – gültig für die Amtsperiode 2011/16).

Anwesende Gäste / Bestimmung der Stimmzähler

Die Vorsitzende ruft alle anwesenden Gäste ohne Stimmberechtigung auf, sich zu melden. Ausser den eingangs erwähnten drei Gästen melden sich keine weiteren Personen. Als Stimmzähler werden bestimmt: Ruth Kilchör, Barbara Wyssbrod, Arno Murri.

Anwesende Stimmbürger

Die Stimmzähler zählen je ihren Sektor und geben die Anwesenheit von insgesamt 95 Stimmberechtigten und 3 Gästen bekannt. Frau K. Aebischer nimmt an einem separaten Tisch Platz, Finanzverwalter A. Mülhauser und Gemeindeschreiberin A. Portmann sitzen am Tisch des Gemeinderats.

Büro der Gemeindeversammlung

Das Büro der Versammlung setzt sich durch die Stimmzähler und den Gemeinderat zusammen. Als Sekretärin waltet Gemeindeschreiberin A. Portmann (Art. 15 GG).

Traktandenliste

Gemeindepräsidentin Ch. Bulliard-Marbach informiert, dass die Traktandenliste gemäss den Vorgaben des Amts für Gemeinden erstellt wurde. Sie verliest die Traktandenliste für die heutige Gemeindeversammlung, welche fünf Traktanden umfasst, wobei das Traktandum 2 Voranschlag 2015 in fünf Teile gegliedert ist.

1.	Protokoll	Beschlussfassung
2.	Voranschlag 2015	
2.1	Finanzplan 2016-2019	Information
2.2	Allgemeine Präsentation des Voranschlags der laufenden Rechnung und des Investitionsvoranschlags 2015	Information
2.3	Liegenschaftssteuern: Antrag von Fritz Dick aus der Gemeindeversammlung vom 4. Dezember 2013 Senkung der Liegenschaftsteuer von 2.0 ‰ auf 1.5 ‰ des Steuerwertes der Liegenschaft (mit Gültigkeit ab 01.01.2015)	Beschlussfassung
2.4	Kreditbegehren: Sanierung Deckbelag und Staubfreilegung von Gemeindestrassen-Abschnitten in Summerau und Umbertsried	Beschlussfassung
2.5	Schlussabstimmung über den Voranschlag der laufenden Rechnung und den Investitionsvoranschlag 2015	Beschlussfassung
3.	Berufsbeistandschaft Sense - Unterland: Genehmigung der Statuten zur Gründung eines Gemeindeverbands	Beschlussfassung
4.	Investitionsabrechnungen	Information
5.	Verschiedenes	

Wortmeldungen / Zustimmung:

Weder gegen die Einberufung der Versammlung noch gegen die Aufstellung der Traktandenliste gibt es Einwände oder Anträge aus der Versammlung.

Gemeindepräsidentin Ch. Bulliard-Marbach erklärt somit die Versammlung als eröffnet und beschlussfähig.

Traktandum 1: Protokoll der Gemeindeversammlung vom 2. Mai 2014

Gemeindepräsidentin Ch. Bulliard-Marbach informiert, dass das Protokoll der Versammlung vom 2. Mai 2014 auf der Gemeindeverwaltung sowie auf der Homepage der Gemeinde eingesehen werden konnte. Eine Zusammenfassung des Protokolls wurde in der Botschaft zur Versammlung abgedruckt.

Wortmeldungen:

Die Vorsitzende fragt nach, ob es Änderungswünsche zum Protokoll gibt. Dies ist nicht der Fall und die Abstimmung kann vorgenommen werden.

Antrag des Gemeinderates:

Der Gemeinderat beantragt, das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 2. Mai 2014 zu genehmigen.

Abstimmung:

Das Protokoll wird mit 95 Ja- und 0 Nein-Stimmen einstimmig genehmigt. Gemeindepräsidentin Bulliard-Marbach dankt Gemeindeschreiberin A. Portmann für die geleistete Arbeit und das Verfassen des Protokolls.

Traktandum 2: Voranschlag 2015

Gemeindepräsidentin Ch. Bulliard-Marbach informiert eingangs, dass der Voranschlag 2015 in fünf Teilen präsentiert wird.

Unter Punkt 2.1 wird zuerst der Finanzplan 2016-2019 vorgestellt. Anschliessend unter 2.2 wird der Voranschlag 2015 und die Überlegungen des Gemeinderats zu diesem Thema präsentiert – dies noch ohne Abstimmung. Unter Punkt 2.3 wird der Antrag von

Fritz Dick betreffend Senkung der Liegenschaftssteuer behandelt. Gerhard Lehmann wird das Kreditbegehren für die Sanierung von zwei Strassen-Abschnitten vorstellen. Zum Abschluss folgt unter Punkt 2.5 der Traktandenliste die Schlussabstimmung über den Voranschlag 2015.

Gemeindepräsidentin Bulliard-Marbach übergibt das Wort nun dem Ressortchef Finanzen Hansjürg Liechi für das Traktandum 2.1 Finanzplan.

Traktandum 2.1: Finanzplan 2016-2019 (Information)

Gemeinderat Hansjürg Liechi begrüsst die Versammlung seinerseits und informiert, dass der Finanzplan die geplanten Vorhaben der Gemeinde zeigt, so wie diese aktuell im Raum und zur Diskussion stehen. Der Finanzplan ist keine genaue Wissenschaft, sondern zeigt die Überlegungen und Trends und auch etwas die Minimal- und Maximalwerte als Leitplanken auf. Er ist dennoch ein wichtiges Planungsinstrument für den Gemeinderat.

Gemäss Gesetz muss der Gemeinderat diesen Finanzplan erstellen und einmal jährlich der Gemeindeversammlung präsentieren. Der Finanzplan als strategisches Dokument sollte aber vom konkreten Voranschlag für das Jahr 2015 getrennt betrachtet werden.

Finanzplan Investitionen:

Der Finanzchef zeigt den Anwesenden die wichtigsten Projekte auf. Der Aus- und Umbau der Schulzentren der OS und das gemeindeeigene Projekt im Bereich der Liegenschaftlichen Schule und alte Turnhalle sind grosse Kostenblöcke. Zum Projekt Armani merkt Gemeinderat Liechi an, dass hier noch nicht die aktuellsten Zahlen aufgeführt sind – dies weil der Finanzplan vor dem Vorliegen dieser Werte verabschiedet werden musste. Der konkrete Betrag für die Demenzstation Tafers beträgt 0.827 Mio. CHF – diesem Projekt haben die Stimmbürger des Bezirks im September 2014 zugestimmt.

Im Bereich Wasserversorgung und Abwasserentsorgung kommen ebenfalls diverse Investitionen auf die Gemeinde zu, damit die Zukunft dieser bald 60-jährigen Netze gesichert werden kann. Zinsen und Abschreibungen können hier über die Gebühren finanziert werden. Je nach angestrebtem Deckungsgrad haben diese sonderfinanzierten Bereiche einen oder eben keinen Einfluss auf die Steuern der Gemeinde.

Zusammengefasst sind nun Investitionen von 17.6 Mio. CHF im Finanzplan 2016 -2019 erfasst:

Jahr	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Netto-investitionen	178'067	1'756'700	3'984'836	7'386'672	4'777'563	1'462'911

Der Gemeinderat hat diese Vorhaben für seine strategische Arbeit nach Kategorien unterteilt – diese zeigt der Finanzchef der Versammlung kurz auf. Es werden die Kategorien Begonnene Projekte / Sicherheit und Werterhalt Infrastruktur / Gebührenfinanzierte Projekte und Neue Vorhaben unterschieden.

Gemeinderat Liechi führt weiter das Thema Finanzkosten 2016-2019 aus, die durch die geplanten Investitionen mittels Abschreibungen und Zinsen ausgelöst werden. Diese belaufen sich in der laufenden Rechnung des Finanzplans wie folgt:

Jahr	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Abschreibungen	436'600	500'000	582'303	809'733	1'053'018	1'177'827
Zinsen	161'960	142'032	224'419	338'132	459'780	522'193
Total	598'560	642'032	806'722	1'147'865	1'512'798	1'700'020

Die Kosten für Abschreibungen und Zinsen steigen also von heute rund CHF 0.6 Mio. auf CHF 1.7 Mio. im Jahr 2019 an.

Einfluss auf die laufende Rechnung:

Die Folgen der in der Investitionsrechnung geplanten Projekte werden in die laufende Rechnung übernommen. Andere Konti werden aufgrund von Erfahrungswerten oder mit

Einrechnung einer Teuerung berechnet. Die Abschlüsse der laufenden Rechnung entwickeln sich (ohne Steuererhöhungen) mit dieser Berechnungsart wie folgt:

Jahr	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Ergebnis	-26'142	+26'114	-117'530	-346'462	-707'827	-847'412
umgerechnet in Steuereinheiten			1.8	5.3	10.8	12.9

Das Budget 2015 geht von einem leicht positiven Ergebnis aus. Ab dem Jahr 2016 kann die Rechnung nicht mehr ausgeglichen gestaltet werden. Rechnerisch betrachtet ist mit den vorgesehenen Investitionen bis ins Jahr 2019 eine Steuersatz-Anpassung von rund 12.9 Einheiten notwendig.

Die Entwicklung des Eigenkapitals – abhängig von der Entwicklung der Ergebnisse - ist für Gemeinderat Liechti ebenfalls ein wichtiges Thema:

Jahr	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Ergebnis	-26'142	+26'114	-117'530	-346'462	-707'827	-847'412
Fehldeckung	-	-	-	-210'826	-918'653	-1'766'065
Eigenkapital	227'052	253'166	135'636	-	-	-

Das Eigenkapital der Gemeinde, welches per Ende 2013 noch CHF 253'194 beträgt, bewegt sich über die Jahre in eine Fehldeckung. Im Jahr 2019 wird diese voraussichtlich auf rund CHF 1.8 Mio. ansteigen. Alle Investitionen, welche von der Gemeinde getätigt werden, müssen fremdfinanziert werden, da kein Eigenkapital vorhanden ist.

Gemeinderat Hansjürg Liechti fasst abschliessend zusammen, dass der finanzielle Spielraum eng bleibt. Die Situation könnte nur durch stete Ertragsüberschüsse in den Jahresrechnungen gehalten oder verbessert werden. Wie sich aber in den vergangenen Jahren zeigte, wurden die dahingehenden Anträge des Gemeinderats von den Stimmbürgern nicht vollumfänglich unterstützt – es wurde praktisch nur das Minimum gewährt. So war auch der aktuelle Satz der Liegenschaftssteuer von 2 ‰ eigentlich ein Kompromiss.

Der Gemeinderat ging mit den vorhandenen Mitteln haushälterisch um und will verhindern, dass sich die Situation noch verschlechtert. In jedem Ressort wurde realistisch und ohne Reserven budgetiert und ein leicht positives Resultat sollte mindestens verbleiben.

Die Gemeindepräsidentin dankt Gemeinderat Liechti und auch Finanzverwalter Arthur Mülhauser für die geleistete Arbeit und fragt nach, ob das Wort zu diesem Traktandum gewünscht wird.

Wortmeldungen:

Keine.

Gemeindepräsidentin C. Bulliard-Marbach informiert, dass über den Finanzplan nicht abgestimmt wird. Die Finanzkommission hat das Dokument auch geprüft und beraten und dem Gemeinderat ihren Bericht vorgelegt.

Sie leitet zum folgenden Traktandum über und übergibt das Wort wiederum dem Ressortchef Finanzen, Gemeinderat Hansjürg Liechti.

Traktandum 2.2: Präsentation des Voranschlags 2015 (Information)

Hansjürg Liechti zeigt einleitend das Umfeld auf, in welchem sich die Gemeinde zurzeit befindet. Bund und Kanton sparen – dies wirkt sich auf die Gemeinden direkt aus. Der Kanton hat zudem in den letzten Jahren die Steuern gesenkt und auch Umverteilungen (z.B. Erträge Motorfahrzeugsteuer) vorgenommen, was die Gemeinde ebenfalls direkt zu spüren bekam. Diese Entwicklung ist beim Kanton noch nicht abgeschlossen - zurzeit sind die konkreten Konsequenzen noch nicht absehbar.

Auch die Gemeinde- und Zweckverbände, an denen die Gemeinde direkt beteiligt ist, verzeichnen steigende Kosten (z. B. Spitex und Stiftung St. Wolfgang).

Die Situation 2014 zeigt sich aus aktueller Sicht wie folgt:

Eigenkapital 2013	CHF	253'194.-
Budgetierter Verlust 2014	CHF	- 26'142.-
Prognose Verlust 2014	CHF	- 200'000.-
(Mehrkosten im Sozialbereich durch Systemwechsel – je nach Steuerertrag kommen diese mehr oder weniger zum Tragen)		
Prognose Eigenkapital Ende 2014		CHF 57'194.-

Hansjürg Liechti erklärt, dass sich der Gemeinderat bei der Erarbeitung des Budgets deshalb klare Ziele gesetzt hat:

- Der Voranschlag 2015 soll realistisch und vollständig sein.
- Alle tatsächlichen Aufwendungen im Bereich der laufenden Ausgaben und der Investitionen müssen enthalten sein.
- Der Voranschlag 2015 muss positiv sein, um nicht weiter Eigenkapital zu verzehren. Wie die Prognose zeigt, muss im Jahr 2014 mit CHF 50'000 – 100'000 Verlust gerechnet werden.

Voranschlag Laufende Rechnung 2015: Die Ausgaben

Der Finanzchef zeigt der Versammlung die Entwicklung der Ausgaben-Seite auf. Dabei zeigt sich, dass viele Ressorts stabil geblieben sind.

Die Bildung mit 34.1 % und das Ressort Finanzen und Steuern mit Zinsen und Abschreibungen (total 17.8% / gleich wie Vorjahr) machen die grössten Anteile aus. Die Ressorts Soziale Wohlfahrt (11.9 %) und Verwaltung (11.0 %) liegen auf ähnlicher Höhe. Der Bereich Verkehr verursacht 8 % des Aufwands – 9.9 %, resp. 9% werden durch die Ressorts Gesundheit und Umwelt/Raumordnung erzeugt.

Die Artengliederung zeigt auf, dass die Ausgaben an Kanton und Gemeinwesen in diesem Jahr 45% betragen (CHF 3.845 Mio.). Der Sachaufwand macht 19% aus und 16% sind Personalaufwand.

Voranschlag Laufende Rechnung 2015: Die Einnahmen

Im Bereich der Einnahmen macht das Ressort Finanzen und Steuern mit 84.7% deutlich den grössten Anteil aus. 8.2 % stammen aus dem Bereich Umwelt und Raumordnung (Gebühren ARA, Wasser, Entsorgung). Der Bereich Finanzen und Steuern ist somit der einzige Hebel, um zu substanziellen Mehreinnahmen zu kommen.

Bei den Einkommenssteuern der juristischen Personen erwähnt Gemeinderat Liechti, dass Ueberstorf im Vergleich mit anderen Gemeinden des Unterlands (z.B. Schmitten mit ca. 2.5 Mio. CHF) nur sehr tiefe Einnahmen verzeichnen kann (CHF 160'000.-).

Fazit:

Mehrkosten gibt es vor allem bei den Finanzen (obligatorische Abschreibungen auf Grund der Investitionen) und bei der sozialen Wohlfahrt (Beitrag an den Bezirkstopf für Sozialhilfe). Mindereinnahmen resultieren hauptsächlich im Bereich Finanzen durch den Wegfall der a.o. Einnahmen Kindergarten und dem Rückgang bei den Grundstückgewinn- sowie bei den Handänderungssteuern. Die wichtigsten Abweichungen zwischen Voranschlag 2014 und 2015 wurden Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern in der Botschaft aufgelistet.

Der Voranschlag der laufenden Rechnung weist somit Einnahmen von CHF 8'555'904.- / Ausgaben von CHF 8'529'790.- und ein Ertragsüberschuss von CHF 26'114.- aus. Dies unter der Bedingung, dass der Satz der Liegenschaftssteuer von 2 ‰ beibehalten wird.

Voranschlag Investitionsrechnung 2015:

Gemeinderat Hansjürg Liechti stellt kurz die Investitionsrechnung 2015 vor. Es sind Bruttoinvestitionen von CHF 1'983'596.- und Investitionseinnahmen von 229'600.- veranschlagt. Dies bedeutet Nettoinvestitionen von CHF 1'753'993.-

Als wichtigste Investitionsausgaben 2015 nennt Gemeinderat Liechti das Atemschutzfahrzeug der Feuerwehr, welchem die GV bereits zugestimmt hat, den Um- und Ausbau der OS Zentren, die neue Demenzstation in Tafers sowie die Umrüstung der Kanalisation an der Albligenstrasse (1. Etappe).

Mit diesen geplanten Ausgaben wächst die Nettoverschuldung der Gemeinde auf CHF 6.297 Mio. (Vorjahr CHF 5.735 Mio.). Die Nettoverschuldung pro Kopf (Berechnung gem. kant. Statistik) beträgt CHF 2'326.- (Vorjahr CHF 2'196.-). Hier merkt Finanzchef Liechti an, dass auch in Jahren mit tiefen Nettoinvestitionen keine Schulden abgebaut wurden. Es wurden keine Erträge erwirtschaftet und freie / ausreichende Abschreibungen waren nicht möglich. Somit sind die Investitionen meist fremdfinanziert und die Schulden steigen.

Der Zinsbelastungsanteil sinkt von 1.84% auf 1.53 %, was einen tiefen Wert bedeutet. Dieser Wert kann sich aber deutlich verschlechtern, falls das Zinsniveau steigt. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt per 2013 90.9% - der Wert trägt aber etwas aufgrund des Sondereffektes Verkauf Hagacher-Chalet.

Mit diesen Worten schliesst der Finanzchef seine einleitenden Ausführungen über den Voranschlag 2015.

Die Gemeindepräsidentin dankt Gemeinderat Hansjürg Liechti für seine Ausführungen. Sie übergibt Hermann Moser das Wort, der den Bericht der Finanzkommission verliest.

Bericht der Finanzkommission:

Präsident Hermann Moser verliest den Bericht der Finanzkommission. Darin wird die Versammlung informiert, dass der Voranschlag ausführlich vorgestellt und realistisch erstellt wurde. Die Ressorts haben vorsichtig budgetiert. Die Finanzkommission empfiehlt der Versammlung die Annahme des Voranschlags 2015. (Der Bericht wird dem Dossier der Gemeindeversammlung beigelegt.)

GP C. Bulliard-Marbach dankt der Finanzkommission für ihre Arbeit. Sie eröffnet nun die erste Diskussion zum Voranschlag 2015 und erinnert, dass hier noch keine Abstimmung vorgenommen wird. Die Schlussabstimmung über den Voranschlag 2015 folgt unter Traktandum 2.5.

Wortmeldungen:

- Herr Bruno Riedo dankt dem Gemeinderat für die geleistete Arbeit und die schonungslose Aufdeckung der Realität – was sicherlich nicht einfach ist. Der Rat setzt die transparente Informationspolitik fort, was von ihm begrüsst wird. Aus seiner Sicht ist heute nicht der Moment da, um über Kürzungen im Budget zu sprechen. Er geht davon aus, dass die Ressortverantwortlichen realistisch geplant haben. Dennoch muss etwas unternommen werden. Potenzial ist bei den Investitionen vorhanden. Nur hier kann man Vorhaben mit Kostenfolgen noch stoppen. Er kündigt deshalb an, bei Traktandum 2.4 einen Antrag an die Versammlung zu richten.

Gemeindepräsidentin Ch. Bulliard-Marbach dankt für das Votum. Da keine weiteren Wortmeldungen zu verzeichnen sind, wird das Traktandum 2.2 abgeschlossen.

2.3 Liegenschaftssteuer: Antrag von Fritz Dick aus der GV vom 4. Dezember 2013: Senkung der Liegenschaftssteuer von 2.0 ‰ auf 1.5 ‰ des Steuerwertes der Liegenschaft (mit Gültigkeit ab 01.01.2015) (Beschlussfassung)

Gemeindepräsidentin Bulliard-Marbach blickt eingangs kurz zurück auf die Gemeindeversammlung vom 4. Dezember 2013. Herr Fritz Dick hat unter Traktandum 4. Verschiedenes den Antrag gestellt, die Liegenschaftssteuer ab dem 01.01.2015 von 2.0 ‰ wieder auf 1.5 ‰ zu senken.

Die Gemeindeversammlung hat den Antrag an den Gemeinderat überwiesen. Der Gemeinderat legt nun innert Jahresfrist den Antrag zur Abstimmung vor. Gemeindepräsidentin Bulliard-Marbach, übergibt das Wort dem Ressortchef Finanzen, Gemeinderat Hansjürg Liechi für weitere Ausführungen und Erklärungen.

Rückblick und Ansichten des Gemeinderats

Finanzchef Hansjürg Liechi gibt eingangs einen kurzen finanziellen Ausblick zu den Gemeindefinanzen. Im Budget 2015 ist ein Gewinn von CHF 26'114 geplant. Der Antrag von Fritz Dick führt zu Mindereinnahmen bei der Liegenschaftssteuer von CHF 132'500. Sofern diese Senkung ohne gleichzeitige Einsparungen beschlossen wird, würde im Voranschlag ein Minus von CHF 106'386 resultieren. Ein solcher Verlust wäre für die Gemeinde nur schwer tragbar. Die Handlungsfähigkeit der Gemeinde wird aufs Spiel gesetzt.

Im Vergleich mit anderen Gemeinden im Bezirk liegt der Satz in Ueberstorf heute etwas unter dem Durchschnitt. Anhand eines Beispiels zeigt Gemeinderat Liechi den Anwesenden auf, was die Senkung auf 1.5 ‰ einem Liegenschaftsbesitzer konkret bringen würde (Annahme: Steuerwert einer Liegenschaft von CHF 310'000.-):

Liegenschaftssteuer bisher 2.0 ‰	CHF	620.00
Liegenschaftssteuer neu 1.5 ‰	CHF	465.00
Minderbelastung pro Jahr	CHF	155.00
Minderbelastung pro Monat	CHF	12.90

Im Sinne des Solidaritätsgedankens vergleicht Hansjürg Liechi die bisherigen Auswirkungen der Erhöhung des Steuersatzes um 13 Einheiten gegenüber dem Unterschied zwischen 1.5 und 2.0 ‰ Liegenschaftssteuern:

		Steuerbares Einkommen:
Einkommenssteuer	Ansatz	70'000 (geschätzter Durchschnitt)
Steuerfuss	76	3'538
Steuerfuss	89	4'143
Erhöhung		605
		Liegenschaftswert:
Liegenschaftssteuer		310'000 (geschätzter Durchschnitt)
Liegenschaftssteuer	1.5 ‰	465
Liegenschaftssteuer	2 ‰	620
Erhöhung		155
Differenz der Belastung		450

Gemeinderat Liechi erklärt, dass die Einnahmen aus der Liegenschaftsteuer heute nicht durch eine Senkung des Satzes gefährdet werden sollten. Durch die Veränderungen des Satzes in den Jahren 2007-2013 sind der Gemeinde Einnahmen von 1.36 Mio. CHF entgangen. Die Einnahmen aus der Liegenschaftssteuer sollten nun wirklich konstant gehalten werden. Auch sollte zurzeit nicht noch mehr auf den Steuersatz gepackt werden – dieser sollte in einer gewissen Balance zur Liegenschaftssteuer sein.

Der Gemeinderat hat in der aktuellen Legislatur intensiv daran gearbeitet, die finanzielle Situation der Gemeinde zu verbessern und für die Zukunft zu stabilisieren. Wenn man eine Senkung beschliesst, sollte auch aufgezeigt werden, wo man die dann fehlenden CHF 130'000.- hernimmt. Einsparungen sind nicht mehr weiter möglich. Folglich müsste der Steuersatz um 2 Einheiten erhöht werden.

2013 konnte die Gemeinde schliesslich als Folge der Massnahmen auf der Einnahmenseite und dank der konsequenten Zurückhaltung auf der Ausgabenseite wieder einen leicht positiven Abschluss präsentieren. Nach wie vor ist die Lage aber eng. Wie auch der diesjährige Voranschlag zeigt, sind positive Jahresabschlüsse nur schwierig zu erzielen. Sie wären aber notwendig, um Eigenkapital aufzubauen.

Mit diesen Worten schliesst Gemeinderat Hansjürg Liechti seine Ausführungen zu diesem Traktandum ab.

Gemeindepräsidentin Ch. Bulliard-Marbach dankt ihm für die ausführliche Argumentation. Sie übergibt das Wort nun Hermann Moser für den Bericht der Finanzkommission.

Bericht der Finanzkommission:

Präsident Hermann Moser verliest den Bericht der Finanzkommission. Die Senkung der Liegenschaftssteuer wird nicht unterstützt und die Kommission empfiehlt der Versammlung die Annahme des Gemeinderats-Antrags. Er hält fest, dass sich die Gemeinde keinesfalls einen weiteren negativen Voranschlag leisten kann. (Der Bericht wird dem Dossier der Gemeindeversammlung beigelegt.)

GP C. Bulliard-Marbach dankt der Finanzkommission für Ihre Arbeit. Sie eröffnet nun die Diskussion zu diesem Traktandum.

Wortbegehren:

- Herr Fritz Dick ergreift das Wort und möchte seinen Antrag heute abend nochmals kurz erläutern. Er ist sich bewusst, dass der Antrag angesichts der heute gehörten Erläuterungen etwas schief in der Landschaft steht. Dennoch: Er ist kein Freund der Liegenschaftssteuer. Sie ist ein alter Zopf und heute in vielen Gemeinden umstritten. Diese Steuer ist unsozial und nimmt keine Rücksicht auf die persönliche Situation der Liegenschaftsbesitzer. Im Kanton Luzern wurde die Liegenschaftssteuer kürzlich in praktisch allen Gemeinden abgeschafft. Der Hauptgrund für seinen Antrag war im vergangenen Jahr, dass die Erhöhung der Liegenschaftssteuer nicht verbunden mit dem Steuersatz auf das Einkommen zur Abstimmung vorgelegt wurde. Der Bürger hatte keine Wahl. Man wusste, dass das Ablehnen der Erhöhung der Liegenschaftssteuer zu weitgehenden Konsequenzen führen würde. Der Gemeinderat hätte die Wahl anbieten sollen, damit die Bürger ohne Sachzwänge hätten entscheiden können. Abschliessend merkt er an, dass er an seinem Antrag festhält und diesen nach wie vor mit sachlicher Überzeugung vertritt.
- Herr Roman Jungo macht sich heute grosse Gedanken um ein mögliches Defizit 2014 von gegen 200'000.- Dennoch hält er fest, dass die Ueberstorfer doch eigentlich im Paradies leben. Dieses Paradies hat aber seinen Preis – es ist nicht gratis. Die Liegenschaftsbesitzer leben in Ueberstorf auf grosszügigen Flächen. Sie sollten sich solidarisch zeigen und diese Steuern nun konstant belassen. Die Einnahmen sind für die Gemeinde sehr wichtig. Der Antrag ist für ihn nicht verständlich – er sieht hier fast ein wenig einen Missbrauch der direkten Demokratie. Man sieht klar die Bemühungen des Gemeinderats, die Finanzen im Griff zu haben. Er bittet die Anwesenden deshalb, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen.

Gemeindepräsidentin Ch. Bulliard-Marbach dankt den beiden Herren für Ihre Voten. Sie schliesst nun die Diskussion ab und schreitet zur Abstimmung.

Antrag des Gemeinderats:

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, den Antrag von Fritz Dick zur Senkung der Liegenschaftssteuer von 2 ‰ auf 1.5 ‰ (auf den Steuerwert) mit Gültigkeit ab 01.01.2015 abzulehnen und so eine Liegenschaftssteuer von 2 ‰ beizubehalten.

Resultat:

In der folgenden Abstimmung wird der Antrag des Gemeinderates mit 75 Ja-Stimmen zu 14 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen.

Die Vorsitzende leitet über zum Traktandum 2.4 und übergibt das Wort dem zuständigen Ressortchef Gerhard Lehmann für seine fachlichen Ausführungen.

Traktandum 2.4: Kreditbegehren: Sanierung Deckbelag und Staubfreilegung von Gemeindestrassen-Abschnitten in Summerau und Umbertsried (Beschlussfassung)

Gemeinderat Lehmann informiert die Anwesenden, dass die Gemeindestrasse auf dem ca. 350 m langen Abschnitt Summerau - Dählweid anfangs der siebziger Jahre durch Spritzverfahren staubfreigelegt wurde. Heute - gut 40 Jahre später - weist dieser Strassenabschnitt erhebliche Spurrinnen, Risse und Frostschäden auf. Auch der Gemeindestrassen-Abschnitt zwischen Umbertsried - Obermettlen (Käserei) von ca. 1,1 km Länge ist noch nicht vollkommen staubfreigelegt. In den letzten Jahren hat das Werkhofpersonal der Gemeinde Ueberstorf immer wieder Teilstücke Tragschicht von Hand eingebaut und geschifft. Das letzte kurze Teilstück von ca. 70 m soll nun ebenfalls staubfreigelegt werden.

Durch den immer wieder etappenweisen Einbau von Belag sind viele Arbeitsfugen und Unebenheiten vorhanden. Einige Belagsteilstücke in Obermettlen sind bereits älter als 30 Jahre. Die Oberflächenentwässerung (Halbschale) in Obermettlen wird in diesem Zusammenhang ebenfalls angepasst. Der ganze Abschnitt soll nun mit einem Deckbelag von ca. 40 mm überzogen werden. Zusammen mit dem bereits eingebauten Belag oder vorhandenen Schottertränkungen ist dies die wirtschaftlich beste Sanierungsvariante.

Gemeinderat Lehmann informiert, dass die erforderlichen Arbeiten auf diesen zwei Strassenabschnitten einen Kredit in der Höhe von CHF 110'000.- inkl. Mwst. bedingen. Dieser Betrag ist ein Kostendach. Die Arbeiten werden ausgeschrieben und sollten problemlos innerhalb des Kostendachs erledigt werden können. Anhand einer Folie werden abschliessend die einmaligen und die jährlichen Kosten aufgezeigt.

Die Kosten für den Kredit im Überblick:

Einmalige Kosten (inkl. Mwst.):

Totalkosten für den Einbau Deckbelag inkl. Anpassung Wasserschale auf beiden Teilstücken:	CHF	110'000.00
---	------------	-------------------

Jährliche Folgekosten (im ersten Jahr):

Jährliche Amortisation	(10%)	CHF	11'000.00
Jährliche Zinsen	(4%)	CHF	4'400.00
Total		CHF	15'400.00

Auswirkungen auf die Betriebskosten:

Es handelt sich bei diesem Vorhaben um die Sanierung bestehender Gemeindestrassen-Teilstücke. Die Betriebskosten im Bereich Strassenunterhalt werden sich durch diese Arbeiten nicht verändern, bzw. tendenziell eher verbessern (weniger Kies, Arbeitsstunden usw.). Die Verbesserung ist aber marginal.

Rechnerischer Einfluss auf den Gemeindesteuerfuss:

Die Folgekosten des Projekts sind im Budget 2015 enthalten. Der Einfluss auf den Steuersatz beträgt rechnerisch rund 0.2 Einheiten.

Gemeindepräsidentin Christine Bulliard-Marbach erteilt nun René Tschannen das Wort für den Bericht der Finanzkommission.

Bericht der Finanzkommission:

René Tschannen verliest einen positiven Bericht der Finanzkommission. Trotz der angespannten Finanzlage empfiehlt die Kommission der Versammlung die Annahme des Antrags. Durch die Arbeiten sind diese Teilstücke wieder für 20 Jahre instand gestellt. (Der Bericht wird dem Dossier der Gemeindeversammlung beigelegt.)

GP C. Bulliard-Marbach dankt der Finanzkommission für Ihre Arbeit. Sie eröffnet nun die Diskussion zu diesem Traktandum.

Wortbegehren:

- Herr Bruno Riedo möchte die Anwesenden an die vorher präsentierten Resultate der Laufenden Rechnung der Gemeinde ohne zusätzliche Steuererhöhungen erinnern. Wenn es uns gut gehen würde, wäre dieses Traktandum kein Problem. Dem ist aber nicht so. Diese Sanierung verbessert die Situation von einigen wenigen Anwohnern. So schlecht sind diese Strassen-Teilstücke nicht. Weitere Kosten führen zu weiteren Steuererhöhungen. Hier kann man nun sparen. Er stellt den Antrag, dieses Geschäft abzulehnen und um ca. vier Jahre zu verschieben.
- Herr Hans Kilchör ist hier anderer Meinung. Die Gemeinde hat nun einmal über 50 km Gemeindestrassen und diese müssen unterhalten werden. Es muss jährlich etwas gemacht werden – wenn nicht, dann bezahlt man in vier Jahren halt dann das Vierfache. Er empfiehlt, diese Arbeiten auszuführen.
- Gemeindegemeinderin A. Portmann richtet zur Klärung die Frage an Herrn Bruno Riedo, ob er einen Rückweisungsantrag stellt (d.h. Geschäft wäre bei Annahme der Rückweisung nicht gestorben und könnte vom Gemeinderat wieder traktandiert werden) oder ob er den Antrag des Gemeinderats zur Ablehnung empfiehlt.
- Herr Bruno Riedo bestätigt, dass er einen Rückweisungsantrag stellt.
- GS A. Portmann erklärt den Anwesenden kurz das Abstimmungsverfahren. Über einen Rückweisungsantrag wird vor den Sachabstimmungen abgestimmt. Diejenigen Bürger, welche für das Ausführen der Arbeiten sind, müssten somit den Rückweisungsantrag ablehnen und anschliessend dem Gemeinderats-Antrag zustimmen. Wer die Meinung von Bruno Riedo teilt, müsste für den Rückweisungsantrag stimmen. Wird dieser angenommen, wird nicht mehr über den Antrag des Gemeinderats abgestimmt.

Nachdem das Wort nicht weiter gewünscht wird, führt Gemeindepräsidentin Ch. Bulliard-Marbach die Abstimmung über den Rückweisungsantrag durch.

Abstimmung:

Rückweisungsantrag von Herrn Bruno Riedo. Das Geschäft soll um vier Jahre vertagt werden.

Resultat:

In der folgenden Abstimmung wird der Rückweisungsantrag mit 24 Ja-Stimmen zu 64 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt.

Abstimmung zum Antrag des Gemeinderats:

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung:

- a) der Sanierung der Gemeindestrasse Abschnitt Summerau-Dählweid und Abschnitt Umbertsried - Obermettlen (Käserei) in der Höhe von CHF 110'000.- inkl. MwSt. zuzustimmen,
- b) den Gemeinderat zu ermächtigen, die zur Finanzierung von CHF 110'000.- notwendigen Mittel aus verfügbaren Bankguthaben oder durch Kreditaufnahme zu beschaffen.

Resultat:

In der folgenden Abstimmung wird der Antrag mit 64 Ja-Stimmen zu 22 Nein-Stimmen bei 9 Enthaltungen angenommen.

Gemeindepräsidentin Ch. Bulliard-Marbach dankt der Versammlung für diese Zustimmung.

Traktandum 2.5: Schlussabstimmung über den Voranschlag 2015 (Beschlussfassung)

Alle für den Voranschlag 2015 relevanten Themen sind an dieser Stelle besprochen und verabschiedet. Die Vorsitzende kommt nun zur Schlussabstimmung über den Voranschlag 2015.

Gemeindepräsidentin Ch. Bulliard-Marbach fragt nach, ob es noch Wortmeldungen oder Anträge gibt.

Wortmeldungen:

Keine.

Antrag des Gemeinderats:

Der Gemeinderat beantragt der Versammlung:

- das vorliegende Budget 2015 der laufenden Rechnung, welches bei Ausgaben von CHF 8'529'790.00 und Einnahmen von CHF 8'555'904.00 einen Einnahmenüberschuss in der Höhe von CHF 26'114.00 vorsieht, sowie
- das Investitionsbudget für das Jahr 2015 mit Nettoinvestitionen von CHF 1'753'996.00, bei Ausgaben von CHF 1'983'596.00 und Einnahmen von CHF 229'600.00

zu genehmigen.

Resultat:

In der Abstimmung wird der Antrag des Gemeinderates mit 88 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. Der Voranschlag der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung 2015 ist somit genehmigt.

Die Gemeindepräsidentin dankt der Versammlung für die konstruktive Diskussion und das dem Gemeinderat geschenkte Vertrauen.

Traktandum 3: Berufsbeistandschaft Sense - Unterland: Genehmigung der Statuten zur Gründung eines Gemeindeverbands (Beschlussfassung)

Die Vorsitzende übergibt das Wort zu diesem Thema der zuständigen Gemeinderätin Isabelle Davet Burri.

Gemeinderätin Isabelle Davet Burri erklärt eingangs, was die Aufgaben der Berufsbeistandschaft (früher Amtsvormundschaft) sind. Die professionellen Berufsbeistände sind für die Führung der Mandate verantwortlich, die ihnen vom Friedensgericht zugeteilt werden. Sie führen die Massnahmen im Kindes- und Erwachsenenschutz aus. Sie unterstützen Personen in persönlichen, finanziellen und rechtlichen Belangen und beraten sie in ihrer Lebensgestaltung unter Einbezug ihres sozialen Umfeldes.

Die wichtigsten Grundlagen für die Arbeit dieser Behörden sind das ZGB, die einschlägigen kantonalen Gesetze und Richtlinien sowie die Weisungen der kantonalen Gerichtsinstanzen und des Friedensgerichts.

Die aktuelle Vereinbarung der Gemeinden zur Amtsvormundschaft ist seit 1990 in Kraft – angepasst letztmals im Jahr 2005. Bedingt durch das neue Erwachsenenschutzgesetz, welches 2013 in Kraft trat, hat das gesamte Vormundschaftsrecht grosse Veränderungen erfahren. Die heute beschlossenen Massnahmen werden gezielt auf die Bedürfnisse der Klienten abgestimmt – es gibt mehr Abstufungen als früher.

Die frühere Amtsvormundschaft heisst neu nun Berufsbeistandschaft. Sie wurde früher durch eine Administrativkommission geführt, in der je ein Vertreter der fünf Gemeinden Einsitz hat. Diese Kommission wird zukünftig ersetzt durch den Vorstand, der auch je einen Gemeindevertreter umfassen wird. Der operative Betrieb wird vom Stellenleiter geführt. Weiter sind Berufsbeistände und administrative Kräfte angestellt. Total sind dies zurzeit 5.2 Vollzeitstellen.

Isabelle Davet Burri informiert weiter, dass die Berufsbeistandschaft zukünftig nun in der juristischen Form des Gemeindeverbands bestehen soll. Das Gesetz über die Gemeinden vom 25. Sept. 1980 schreibt in Artikel 109:

Art. 109 Gemeindeverband a) Grundsatz

1 *Bedingt die Zusammenarbeit erhebliche und dauerhafte Verpflichtungen, so haben die Gemeinden einen Verband zu gründen.*

2 (...)

Die Zusammenarbeit der fünf Unterlandgemeinden dauert schon etliche Jahre („erhebliche und dauerhafte Verpflichtungen“). Die bisherige Form der interkommunalen Vereinbarung genügt den Anforderungen des geltenden Rechts nicht mehr. Die Zusammenarbeit ist in die richtige Rechtsform zu bringen.

In der Administrativkommission der Berufsbeistandschaft wurde bereits vor Jahren über die Gründung einer anderen juristischen Form diskutiert. Ebenfalls gab es immer wieder Diskussionen in Bezug auf die Mitbestimmung und die Mitgestaltung. Einzelne Gemeinden fühlten sich benachteiligt, da sie unabhängig von ihrer Grösse nur mit einer Stimme vertreten waren. Mit der jetzigen Legislatur wurde das Thema wieder aufgegriffen und mit den zur Abstimmung vorliegenden Statuten soll ein Gemeindeverband gegründet werden.

Auswirkungen auf die Gemeinden bezüglich Mitsprache

Die Gründung des vorgesehenen Gemeindeverbands sieht über die Einführung einer Delegiertenversammlung die Erweiterung der Mitsprache der grösseren Gemeinden vor. Gemäss Statutenentwurf werden die Gemeinden wie folgt vertreten sein:

Zivilrechtliche Bevölkerung 31.12.2012 (Quelle: Statistisches Jahrbuch)

Gemeinden	Anzahl Einwohner	Anzahl Delegiertenstimmen
Bösingen	3'346	3
Düdingen	7'504	7
Schmitten	3'949	3
Ueberstorf	2'395	2
Wünnewil-Flamatt	5'326	5
Total	22'520	20

Ueberstorf wird mit einem Delegierten 2 Stimmen vertreten können. Eine Person aus Ueberstorf nimmt Einsitz im Vorstand.

Finanzielle Auswirkungen auf die Gemeinden

Gemeinderätin Davet-Burri informiert, dass der Kostenverteiler zu langen Diskussionen unter den Gemeinden geführt hat. Der bisherige Kostenverteiler in Abhängigkeit von der Einwohnerzahl der verschiedenen Gemeinden ist am gerechtesten, weshalb er nun beibehalten wurde. Dieser sieht wie folgt aus:

Gemeinden	Zivilrechtliche Bevölkerung am 31.12.2012	Betrag pro Einwohner/in	Budgetierter Beitrag der Gemeinden 2015
Bösingen	3'346	CHF 27.12	CHF 90'759.50
Düdingen	7'504	CHF 27.12	CHF 203'544.35
Schmitten	3'949	CHF 27.12	CHF 107'115.75
Ueberstorf	2'395	CHF 27.12	CHF 64'963.85
Wünnewil-Flamatt	5'326	CHF 27.12	CHF 144'466.55
Total	22'520		CHF 610'850.00

Die Kosten für die einzelnen Gemeinden werden sich im Rahmen der letzten Jahre bewegen. Änderungen können sich allenfalls aufgrund von Steigerungen der Anzahl Mandate (mehr Arbeitsvolumen und entsprechend erhöhter Personalbedarf) oder Erhöhungen der Einwohnerzahl der Gemeinden ergeben.

Gemeinderätin Isabelle Davet Burri fasst zusammen, dass die Gründung des Gemeindeverbands eine zeitgemässe Form der Zusammenarbeit ist, die den rechtlichen Anforderungen vollumfänglich entspricht.

Abschliessend kann sie informieren, dass die Gemeinde Wünnewil-Flamatt die Statuten am heutigen Abend bereits gutgeheissen hat.

Sie gibt das Wort nun zurück an die Vorsitzende, welche die Anwesenden einlädt, Fragen zum Thema zu stellen.

Wortmeldungen:

Keine.

Gemeindepräsidentin Bulliard-Marbach schreitet nun zur Abstimmung über die Statuten der Berufsbeistandschaft Sense-Unterland.

Antrag des Gemeinderates:

Die Statuten des neuen Gemeindeverbandes Berufsbeistandschaft Sense-Unterland sind zu genehmigen. Sie treten per 01.01.2015 in Kraft.

Resultat:

In der Abstimmung wird der Antrag des Gemeinderates mit 84 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen. Die Statuten des neuen Gemeindeverbandes Berufsbeistandschaft Sense-Unterland sind somit genehmigt.

Die Gemeindepräsidentin dankt der Versammlung für die Zustimmung.

Traktandum 4: Investitionsabrechnungen (Information)

Gemeindepräsidentin Bulliard-Marbach übergibt das Wort zu diesem Traktandum dem Ressortchef Finanzen, Gemeinderat Hansjürg Liechti.

Hansjürg Liechti kann informieren, dass im Jahr 2014 diverse Projekte abgeschlossen werden konnten (untenstehende Zahlen in CHF). Alle Vorhaben sind innerhalb der bewilligten Kreditlimiten abgeschlossen.

Die Auswirkungen dieser Abrechnungen werden in der Jahresrechnung 2014 berücksichtigt, welche im kommenden Frühling präsentiert wird.

Ersatz Informatikgeräte

(bewilligt an der GV vom 23.04.2010)

Anschaffungen und Arbeiten	Budgetiert	Effektive Kosten
Rahmenkredit	90'000	89'938.85
Gesamtkosten	90'000	89'938.85
Mwst	7'200	7'195.10
Total (inkl. Mwst)	97'200	97'133.95
Kreditbewilligung	97'200	
Kostenunterschreitung		66.05

Anschaffung Kommunalfahrzeug – Ersatz Unimog Jg 2000

(bewilligt an der GV vom 26.04.2013)

Anschaffungen und Arbeiten	Budgetiert	Effektive Kosten
Anschaffungskosten	200'000	178'754.25
Total (inkl. Mwst)	200'000	178'754.25
Kreditbewilligung (netto inkl. Mwst)	200'000	
Kostenunterschreitung		21'245.75

Sanierung Hartplatz bei MZH

(bewilligt an der GV vom 26.04.2013)

Anschaffungen und Arbeiten	Budgetiert	Effektive Kosten
Sanierungskosten	90'000	91'154.90
./. Beitrag Loterie Romande		17'930.00
./. Vereinsbeitrag Tennisclub		9'000.00
Gesamtkosten (netto inkl. Mwst)		64'224.90
Kreditbewilligung (netto inkl. Mwst)	90'000	
Kostenunterschreitung		25'775.10

Gemeindepräsidentin Ch. Bulliard-Marbach dankt für die Ausführungen und den zuständigen Gemeinderäten für die konsequente Einhaltung der Kredite. Sie fragt nach, ob zu diesen Projektabschlüssen das Wort gewünscht wird.

Wortmeldungen:

- Herr Roman Jungo bedankt sich im Namen des Tennisclubs für die gelungene Sanierung des Aussenplatzes. Er lädt alle Anwesenden ein, sich persönlich zu überzeugen. Ein Dankeschön richtet er an Kaspar Aeberhard, Leiter Technische Dienste der Gemeinde für die sehr gute und professionelle Arbeit, die geleistet wurde.

Da keine weiteren Wortbegehren zu verzeichnen sind, kann zum letzten Traktandum der Versammlung geschritten werden.

Traktandum 5: Verschiedenes

Gemeindepräsidentin Ch. Bulliard-Marbach lädt die Anwesenden ein, allfällige Fragen zu stellen oder Anliegen vorzubringen.

Folgende Wortmeldungen sind zu verzeichnen:

- Herr Franz Murri fragt nach, wofür der Geldbetrag auf S. 28 der Botschaft im Konto Sicherheitsmassnahmen neue Turnhalle eingesetzt wurde. Er hat sich bereits bei der letzten Versammlung wegen der Geländer und Treppen zu Wort gemeldet.
- Gemeinderat Hansjürg Liechti informiert, dass dies ein Betrag aus der bereits abgeschlossenen Jahresrechnung 2013 ist.
- Vizeammann Wo. Schmutz informiert, dass in der Turnhalle diverse Arbeiten ausgeführt wurden – unter anderem mussten auch die Geländer ersetzt werden, da diese den Vorgaben nicht mehr entsprachen.
- Franz Murri möchte weiter wissen, was es mit der Beschriftung der Feuerwehr-Lokale an sich hatte. Er habe dort Portugiesen bei der Arbeit gesehen, welche Beschriftungen vorgenommen haben.
- Vizeammann Wo. Schmutz erklärt, dass der Zugang zu den Feuerwehr-Lokalitäten regelmässig bei Veranstaltungen zuparkiert wird – was natürlich nicht geht und bei Brandfällen grosse Konsequenzen haben kann. Die Gemeinde hat deshalb einer Firma den Auftrag erteilt, die Markierungen und Signalisationen zu erneuern.
- Franz Murri möchte ebenfalls wissen, was diese aufgemalten Tatzen/Füsse auf dem Parkplatz bei der Turnhalle sollen. Es habe auch welche direkt beim Eingang der Bauverwaltung.
- Gemeinderat Toni Kammermann antwortet, dass diese Füsschen für die Schüler sind, die mit dem Schulbus unterhalb des Gemeindehauses eintreffen. Sie geben den Weg vor, den sie zum Schulhaus nehmen sollen (via Parkplatz, Treppe zum Fussgängerstreifen). Vorallem für die Kleinsten ist es wichtig, klare Vorgaben zu machen.
- Franz Murri merkt weiter an, dass das Pensum der Bauverwaltung in der Bevölkerung viel zu reden gibt. Früher hatte man einen 40% - Bauverwalter gemeinsam mit der Gemeinde Schmittan angestellt.

Heute hat man einen 100% Bauverwalter und dazu noch eine 40% Administrationsstelle. Wie man weiss, gilt nun das Moratorium im Bereich der Ortsplanungen. Er ruft den Gemeinderat dazu auf, diese Situation zu überprüfen.

- Gemeindepräsidentin Ch. Bulliard-Marbach nimmt diese Rückmeldung entgegen. Sie erklärt, dass Herr Aeberhard seine Arbeit sehr gut macht. Es braucht ihn dringend und er erfüllt wichtige Aufgaben. Sie ruft dazu auf, dem Gemeinderat und der Verwaltung etwas Vertrauen zu schenken und die Arbeit wertzuschätzen, die täglich geleistet wird.
- Hans Kilchör merkt an, dass der vorhin von Roman Jungo ausgesprochene Satz „Wir leben im Paradies – nur ist dieses nicht gratis“ – für ihn das Zitat des Abends war. Auch er hat sich viele Gedanken zur aktuellen Situation und auch zum Projekt Armani gemacht. Dabei ist ihm auch das Thema des Schulbusses wieder aufgefallen. Er hat zwar diesem Budgetposten auch zugestimmt. Dennoch wird sehr viel Geld für die Schülertransporte bezahlt. Er stellt in den Raum, ob dies nicht etwas eine „Rolls Royce Lösung“ ist und ob es nicht auch eine andere Lösung geben könnte.
- Gemeinderat Toni Kammermann informiert, dass nun natürlich der Ganzjahreseffekt der neuen Schultransporte im Voranschlag steht. Wie aber bereits erwähnt, wurde das Geschäft ausführlich vorgestellt und auch verabschiedet. Es besteht nun ein Vertrag mit der tpf.
- Gemeindepräsidentin Ch. Bulliard-Marbach bestätigt, dass der Schulbus wichtig ist für die Familien und appelliert auch etwas an die Solidarität. Das Geschäft wurde beschlossen und steht nun auch so im Voranschlag.
- Herr Arno Murri dankt dem Gemeinderat für die Arbeit, die geleistet wurde. Wenn er aber die Botschaft durchliest, erhält er Bauchweh. Er befürchtet, dass es noch schlimmer wird, als zurzeit in den Zahlen ausgewiesen ist. Weitere Aufgabenverschiebungen des Kantons oder etwa Zinssteigerungen sind nicht eingerechnet. Ihm fehlen deshalb Varianten zum Finanzplan. Mehr oder weniger sind nur die Maximalwerte drin – Kompromisse oder Minimalvarianten fehlen. Er findet deshalb, dass der Finanzplan überarbeitet werden sollte, denn er möchte auch Mittelwege und Szenarien sehen. Was ihm auch fehlt, ist die Kostenseite. Der Gemeinderat spricht viel über die Einnahmeseite und die Massnahmen, die hier notwendig seien. Er thematisiert aber die Kostenseite nicht. Auch hier sollte man über die Bücher. Es sollte eine Strategie mit konkreten Massnahmen erarbeitet werden.
- Gemeindepräsidentin Ch. Bulliard-Marbach dankt für dieses Votum und nimmt es entgegen.
- Frau Astrid Diesbach kommt ebenfalls auf das Thema der Schülertransporte zu sprechen. Sie bittet den Gemeinderat, die Haltestellen auf der Strasse beim Schulhaus nochmals zu überdenken. Sie findet dies einfach gefährlich. Die Buschauffeure würden nicht immer gut schauen. Da sie Anwohnerin ist, muss sie manchmal halt durchfahren. Aus ihrer Sicht sollte der Schulbus nur hinter dem Gemeindehaus parkieren – auch am Mittag und Nachmittag nach der Schule. Oder man nutzt die heutigen Lehrerparkplätze zukünftig für die Schulbusse.
- Gemeinderat Toni Kammermann nimmt dies entgegen. Frau Diesbach war zu den Besprechungen mit allen Involvierten (Polizei, TPF, Anwohner usw.) vor Ort eingeladen und kennt deshalb die Situation und alle Vor- und Nachteile der verschiedenen Lösungen. Wichtig ist, dass vor allem die Kleinsten geschützt werden. Nach Schulende sind die Kinder etwas unter Druck, da sie schnell nach Hause wollen und wissen, dass der Bus auf sie wartet. Deshalb wollte man, dass diese Kinder nicht auch unten über die Strasse müssen, um zum Bus zu kommen.
- Frau Christine Schmutz Fornasier findet, dass alle Kinder gleich viel wert sind. Auch ihre Kinder müssen auf dem Schulweg diese Strasse queren. Diese ist gesichert. Somit können also auch die Schulbus-Kinder diesen Weg nehmen.
- Auch Herr Daniel Gauch kann nicht verstehen, wieso die Schulbusse nach Schulende auf der Strasse beim Schulhaus warten. Dies ist eine gefährliche Lösung. Es hat Patrouilleure beim Fussgängerstreifen – die Kinder sind hier sicher unterwegs.
- Gemeinderat Toni Kammermann nimmt die Anmerkungen entgegen und wird die Sache nochmals anschauen. Er möchte nun aber nicht wieder Grundsatzdiskussionen führen.

- Frau Ursula Illi bringt das Thema der Kehrichtsackgebühren zur Sprache. Im Januar 2013 wurden diese erhöht. Dies muss man wohl akzeptieren, da es das Geld braucht. Was aber komisch anmutet, ist die Nichteinhaltung der Proportionalität. Sie listet die jeweiligen Sackvolumen und Preisänderungen auf und kommt zum Schluss, dass die kleinsten Säcke am meisten aufgeschlagen haben. Dies widerspricht dem Verursacherprinzip. Diejenigen, die am wenigsten Abfall haben, bezahlen proportional am meisten. Sie hat zwar von der Gemeinde Erklärungen erhalten – dass eben aus finanziellen Gründen die maximalen Gebühren gemäss Reglement hätten beschlossen werden müssen usw. Dennoch findet sie dies nicht in Ordnung und stellt den Antrag, dass der Gemeinderat diese Gebühren nochmals prüfen und anpassen muss – proportional und damit gerecht.
- Gemeinderat Hansjürg Liechti dankt für diese Rückmeldung und bestätigt, dass der Gemeinderat die Proportionalität nicht ganz eingehalten hat bei der Erhöhung dieser Gebühren. Man war effektiv darauf angewiesen, die maximal im Reglement erlaubten Werte einzusetzen. Der Grund ist, dass die Kosten für die Grüngut-Entsorgung zu hoch sind und die Abfallrechnung deshalb defizitär ist. Es ist aber auch eine Tatsache, dass die Gemeinde den Kehrichttransport und dessen Verbrennung nicht nach Volumen, sondern nach Gewicht bezahlt. So ist die Grösse eines Sacks auch nicht unbedingt relevant für dessen Gewicht. Tendenziell werden die Kehrichtsäcke nämlich eher zu fest aufgefüllt. Gemeinderat Liechti informiert, dass der Gemeinderat dran ist, neue Lösungen zu studieren. Diese gehen in die Richtung, dass der Kehricht zukünftig gewogen wird beim Einsammeln. Dies lässt eine präzise verursachergerechte Verrechnung zu – was wohl am fairsten wäre. Auch im Bereich des Grünguts wäre eine solche Lösung möglich. Der Gemeinderat wird im kommenden Jahr mit einem neuen Reglement vor die Gemeindeversammlung treten – so wird das thematisierte Problem gelöst.
- Aufgrund der Antwort von Gemeinderat Liechti (Reglement kommt im kommenden Jahr zur Abstimmung) zieht Frau Illi ihren Antrag zurück.
- Franz Murri erkundigt sich nach dem öffentlichen Fussweg Moos – Weihermatt. Er möchte wissen, ob dieser Weg nun geöffnet ist, denn die Absperrungen wurden scheinbar entfernt.
- Gemeinderat Markus Riedo antwortet deutlich, dass der Weg von der Gemeinde nach wie vor nicht geöffnet wurde. Es fehlen noch Handläufe und Beleuchtung. Für den unteren Teil des Wegs konnte mit allen Anwohnern kürzlich eine Lösung gefunden werden – sie haben den Massnahmen zugestimmt. Was den oberen Teil des Wegs betrifft, so ist nach wie vor mit einer Partei noch keine Lösung gefunden worden. Klar ist: der Weg ist nach wie vor gesperrt – die Absperrungen wurden nicht durch die Gemeinde entfernt.

Nachdem keine weiteren Wortbegehren festzustellen sind, dankt Gemeindepräsidentin Christine Bulliard-Marbach den Anwesenden für ihr Kommen und die angeregten Diskussionen. Sie richtet ihren grossen Dank auch an die Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, die Kommissionen, die Gemeindeverwaltung und die Schule und dankt für die geleistete Arbeit. Den Bürgerinnen und Bürgern dankt sie für Ihr Interesse an der Gemeinde Ueberstorf und das pünktliche Überweisen der Steuern.

Ein spezielles Dankeschön und die besten Wünsche für die Zukunft richtet die Vorsitzende heute an das Wirtepaar Gerhard und Carola Siffert, welche das Restaurant Schlüssel auf Ende Jahr definitiv verlassen. Mit einem kleinen Geschenk wird den Beiden bestens für die Gastfreundschaft bei den vergangenen Versammlungen gedankt.

Im Namen des Gemeinderats und der Gemeindeverwaltung wünscht Gemeindepräsidentin Bulliard-Marbach den Anwesenden frohe Festtage, alles Gute im neuen Jahr und vor allem gute Gesundheit. Sie eröffnet das Apéro, das von der Gemeinde offeriert wird.

Die nächste Gemeindeversammlung findet statt am Freitag, 8. Mai 2015.

Schluss der Versammlung um 22.10 Uhr.

Die Gemeindepräsidentin:

Die Gemeindeschreiberin: